



BM Friedrich im Schulterschluss mit HK Guterres ? Forderung nach einer gesamteuropäischen Aufnahmeaktion für syrische Flüchtlinge

BM Friedrich im Schulterschluss mit HK Guterres - Forderung nach einer gesamteuropäischen Aufnahmeaktion für syrische Flüchtlinge
Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hat am 30. September 2013 auf Einladung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen an der 64. Exekutivratssitzung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen in Genf teilgenommen. Gastgeber Guterres würdigte das deutsche Engagement bei der Bekämpfung des Flüchtlingseleids in Syrien und dessen Anrainerstaaten: "Ich bin dankbar, dass Deutschland als erstes Land in Europa und weltweit, syrischen Flüchtlingen im Rahmen eines humanitären Aufnahmeprogrammes Schutz gewährt und hoffe, dass nun bald weitere Staaten diesem Beispiel folgen werden." Friedrich stellte das deutsche Hilfsprogramm insgesamt vor und betonte: "Unser Schwerpunkt ist nach wie vor die Hilfe vor Ort im Krisengebiet, denn dort fehlt es zunehmend an dem Nötigsten. Als Zeichen der Humanität und Solidarität holt Deutschland jedoch 5.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge aktiv aus der Krisenregion nach Deutschland, wo diese Menschen - darunter viele Kinder - in Sicherheit leben können. Ich habe heute gemeinsam mit Hochkommissar Guterres erneut an die internationale Staatengemeinschaft appelliert, ebenfalls syrische Flüchtlinge aufzunehmen und hoffe, dass - angesichts der sich zuspitzenden Situation vor Ort - nun weitere Staaten sich dazu bereiterklären werden." Mit mehr als 19.000 Asylbewerbern in Deutschland seit 2011 (Stand September 2013), davon allein 7.700 in den ersten 9 Monaten 2013, gehört Syrien zu den Hauptherkunftsländern. In Deutschland leben zum Stichtag 27. August 2013 etwa 49.000 syrische Staatsangehörige. Etwa 34.000 von ihnen haben ein Asylverfahren durchlaufen oder befinden sich derzeit noch in einem derartigen Verfahren. Jeden Monat gibt es derzeit mehr als 1000 neue Asylanträge. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gewährt syrischen Staatsangehörigen im Rahmen der Asylverfahren zumindest subsidiären Schutz. Zudem werden bereits seit Ende April 2011 bundesweit keine Personen mehr nach Syrien abgeschoben. Deutschland hat bereits 228,6 Mio. Euro Hilfsgelder für die humanitäre Hilfe vor Ort bereitgestellt. Das THW leistet vor Ort, insbesondere in Flüchtlingslagern in Jordanien, Hilfe durch die Bereitstellung der Wasserversorgung. Bundesinnenminister Friedrich hatte erstmalig im Mai 2013 in Aussicht gestellt, dass die Länder - über das Bundesprogramm hinaus - durch eigene Programme Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland aufnehmen könnten und er das erforderliche Einvernehmen des Bundesinnenministeriums dazu erteilen würde. Fast alle Bundesländer haben diese Möglichkeit genutzt und nun auch eigene Länderaufnahmeprogramme für syrische Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland aufgelegt. Bundesministerium des Innern (BMI) Alt-Moabit 101 D 10559 Berlin Telefon: +49 30 18681-1022/-1023 -1089 Telefax: +49 30 18681-1083 Mail: presse@bmi.bund.de URL: <http://www.bmi.bund.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.